

Kurzprotokoll der November- /Dezembersession 1997

- [Uebersicht](#)
- [Finanz- und Investitionsvorlagen](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Planungsvorlage](#)
- [Wahlen](#)
- [Eintritte](#)
- [Rücktritte](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)
- [Einfache Anfragen](#)

Uebersicht

Am Montag nachmittag und am Dienstag, dem 24. und 25. November, und am Montag und Dienstag, dem 1. und 2. Dezember 1997, fand unter dem Vorsitz von Josef Wermelinger, Hitzkirch, eine Session des Grossen Rates statt. Der zweite Sitzungstag wurde mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Lukaskirche in Luzern eröffnet.

Hauptgeschäft der Session war die Verabschiedung der überarbeiteten Fassung des Staatsvoranschlags 1998, begleitet von einem Dekret und zwei Grossratsbeschlüssen zur Entlastung des Staatshaushalts. Der Grosse Rat hiess sodann nach der 2. Beratung das neue Gesetz über die Schiffssteuer und nach der 1. Beratung ein neues Kantonspolizeigesetz gut. Ferner beschloss er den Grobleistungsauftrag der kantonalen Heilanstalten für 1998 und genehmigte mit Grossratsbeschluss die Abrechnung eines Strassenbauvorhabens. Mit zwei Dekreten bewilligte der Rat weiter je einen Kredit für die dritte Etappe des Informatikprojekts am Kantonsspital Luzern und für die Übernahme der privaten Krankenpflegeschule der Spitalschwestern-Gemeinschaft an diesem Spital. Mit einem weiteren Dekret schuf er die rechtliche Grundlage für die Errichtung einer Informatikabteilung am Zentralschweizerischen Technikum Luzern. Die 1. Beratung des Entwurfs eines kantonalen Krankenversicherungsgesetzes verlangte der Grosse Rat nach erneuter Vorberatung in der Kommission zu wiederholen. Er nahm im weitem zustimmend Kenntnis von einem Planungsbericht und bestellte zwei Spezialkommission zur Vorberatung eines Dekretsentwurfs und des Entwurfs einer Totalrevision des Erziehungsgesetzes.

Der Rat wählte sodann für das Jahr 1998 seine Präsidentin, seinen Vizepräsidenten und die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, den Schultheissen und den Statthalter sowie je ein neues Mitglied in vier verschiedene Spezialkommissionen. Er vereidigte ein nachrückendes neues Ratsmitglied und behandelte 3 Petitionen und 20 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 32 parlamentarischen Vorstössen. Der Grosse Rat nahm im weiteren Kenntnis vom Rückzug einer Volksinitiative ("Gösu-Initiative").

Die 36 traktandierten Geschäfte (2 abtraktandiert, 1 nachtraktandiert) konnten alle behandelt werden.

Finanz- und Investitionsvorlagen

Staatsvoranschlag 1998. Der Entwurf des Voranschlags 1998 sowie die Ergänzungsbotschaft zum Voranschlag 1998 gemäss Vorlagen des Regierungsrates vom 26. August und vom 4. November 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 46 vom 15. November 1997, S. 3027) wurden beraten und gutgeheissen. Zusammen mit dem Voranschlag 1998 verabschiedete der Grosse Rat ein Dekret (mit 87 gegen 39 Stimmen) und einen Grossratsbeschluss über die Kürzung von Staatsbeiträgen für die Jahre 1998 und 1999. Auch wird dem Staatspersonal und der Lehrerschaft 1998 keine Teuerungszulage ausbezahlt. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 48 vom 29. November 1997, S. 3143) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 28. Januar 1998. Der genehmigte Staatsvoranschlag 1997 weist in der Laufenden Rechnung einen Fehlbetrag von rund 23,8 Millionen Franken auf, während sich in der Investitionsrechnung Nettoinvestitionen von rund 179,8 Millionen Franken ergeben. Der Finanzierungsfehlbetrag in der Gesamtrechnung beläuft sich auf 48,8 Millionen Franken. Der Steuerfuss von 1,90 Einheiten bleibt 1998 unverändert.

Grobleistungsauftrag Heilanstalten. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über den Grobleistungsauftrag der kantonalen Heilanstalten für das Globalbudget 1998 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 25. März 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. vom 3. Mai 1997, S. 1296) wurde behandelt (Spitalkommission unter dem Vorsitz von Herbert Widmer, Luzern) und gutgeheissen. Der Grobleistungsauftrag ist Bedingung für die versuchsweise Einführung eines Globalbudgetsystems an den kantonalen Heilanstalten. Der Grosse Rat legte darin die Kernaufgaben der einzelnen Spitäler fest, nach denen die Detailleistungsaufträge auszuarbeiten sind.

Kantonsspital Luzern. Der Bericht über die zweite Realisierungsphase des Informatikprojekts am Kantonsspital Luzern sowie der Entwurf eines Dekrets über einen Kredit für die dritte Realisierungsphase des Informatikprojekts am Kantonsspital Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 4. Juli 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 32 vom 9. August 1997, S. 2208) wurden behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Damian Meier, Wolhusen). Der Rechenschaftsbericht wurde genehmigt und das Dekret mit 133 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Mit dem Dekret bewilligte der Grosse Rat einen Investitionskredit von 4,17 Millionen Franken für die dritte und letzte Phase (1998-2001) des Informatikprojekts am Kantonsspital Luzern. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 6. Dezember 1997, S. 3223) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 4. Februar 1998.

Krankenpflegeschule. Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Übernahme der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege am Kantonsspital Luzern durch den Kanton Luzern sowie für die Bereitstellung zusätzlicher Schulräume im Spitalareal gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 19. August 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 13. September 1997, S. 2481) wurde behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg) und mit 121 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Der Grosse Rat bewilligte damit den Erwerb der zwei Grundstücke mit dem Schulgebäude der Stiftung der Spitalschwestern-Gemeinschaft für 4 Millionen Franken sowie einen weiteren Kredit von 800'000 Franken für den Umbau des Gebäudes Medizin III und der Schule der Spitalschwestern für die Bedürfnisse der neu durch den Kanton zu führenden Krankenpflegeschule. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 6. Dezember 1997, S. 3224) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 4. Februar 1998.

Technikum Luzern. Der Entwurf eines Dekrets über die Errichtung einer Abteilung Informatik am Zentralschweizerischen Technikum Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 12. September 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 40 vom 4. Oktober 1997, S. 2682) wurde behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Piero Nosetti, Emmen) und mit 141 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Damit wurde die rechtliche Grundlage geschaffen für eine interne Umstrukturierung des Technikums, welche eine eigenständige Abteilung Informatik mit Vollzeit- und berufsbegleitendem Studiengang vorsieht. Die Einrichtung dieser neuen Abteilung verursacht keinen finanziellen Mehraufwand. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 6. Dezember 1997, S. 3226) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 4. Februar 1998.

Kantonsstrasse in Ebikon. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über den Ausbau der Kantonsstrasse K 65 in Ebikon gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. September 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 46 vom 15. November 1997, S. 3028) wurde behandelt (Verkehrskommission unter dem Vorsitz von Franz Brun, Ruswil) und gutgeheissen. Der Kostenanteil des Kantons für den Ausbau der Kantonsstrasse K 65 mit Aufhebung des SBB-Niveauübergangs in Ebikon beläuft sich auf rund 5,7 Millionen Franken. Das Bauvorhaben konnte im Rahmen der bewilligten Kredite abgeschlossen werden.

Rechtsetzung

Gesetz über die Schiffssteuer. Der Entwurf eines neuen Gesetzes über die Schiffssteuer gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 31. Januar 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 9 vom 1. März 1997, S. 588) wurde in 2. Beratung behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Konrad Vogel, Horw) und unter Berücksichtigung der Anträge der Kommission mit 112 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Das Gesetz sieht eine Erhöhung des Steuertarifs im Ausmass der aufgelaufenen Teuerung von 30 Prozent vor. Die Steuersätze für die verschiedenen Schiffstypen werden zudem im Sinn einer fiskalischen Lenkungsmassnahme stärker als bisher an umweltrelevante Kriterien geknüpft. Das neue Schiffssteuergesetz (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 6. Dezember 1997, S. 3219) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 4. Februar 1998.

Krankenversicherung. Zum Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 27. Mai 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 25 vom 21. Juni 1997, S. 1759) wurde die in der Oktobersession begonnene 1. Beratung fortgesetzt (Kommission unter dem Vorsitz von Ida Glanzmann, Altishofen). Weil zahlreiche Änderungsanträge zur Bereinigung an die Kommission gewiesen wurden, beschloss der Rat, das ganze Gesetz an die Kommission zurückzuweisen und die 1. Beratung anschliessend zu wiederholen.

Kantonspolizeigesetz. Der Entwurf eines neuen Gesetzes über die Kantonspolizei gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 20. Juni 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 32 vom 9. August 1997, S. 2206) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Josef Schärli, Littau) und unter Berücksichtigung von Anträgen der Kommission gutgeheissen. In dem modernen Rahmengesetz, welches die Grundsätze des polizeilichen Handelns regelt, ist unter anderem neu vorgesehen, dass gewisse Hilfsaufgaben der Polizei an Private übertragen werden können. Andererseits wird eine Bewilligungspflicht für die gewerbsmässige Gefahrenabwehr eingeführt. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Irmgard Amrein-Gapp, Sursee) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Landwirtschaftliche Schulen. Zur Vorberatung des Entwurfes eines Dekrets über die Aufhebung der Landwirtschaftlichen Schulen in Sursee und Willisau und die Aufhebung der Bäuerinnenschule in Willisau gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 11. November 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 47 vom 22. November 1997, S. 3085) wurde eine Kommission mit 21 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Otto Schmid, Rothenburg, bestellt.

Erziehungsgesetz. Zur Vorberatung des Entwurfs einer Totalrevision des Erziehungsgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. November 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 6. Dezember 1997, S. 3231) wurde eine Kommission mit 25 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg, bestellt.

Planungsvorlage

Steuerverwaltung. Der Planungsbericht über die Informatikvorhaben der Kantonalen Steuerverwaltung gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 27. Juni 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 32 vom 9. August 1997, S. 2208) wurde behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Rolf Friedrich, Ebikon) und in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen.

Wahlen

Grosser Rat. Für das Jahr 1998 wurden gewählt

- zur Grossratspräsidentin Rosie Bitterli Mucha, GB, Luzern,
- zum Vizepräsidenten Ruedi Lustenberger, CVP, Romoos

- zur Stimmzählerin Edith Gasser, SP, Kriens, und zu Stimmzählern Alois Zimmermann, CVP, Dierikon, und Fritz Bösigler, LPL, Ufhusen,
- zur Stimmzähler-Stellvertreterin Verena KleeB, GB, Ebersecken, und zum Stimmzähler-Stellvertreter Josef Ineichen, SVP, Hohenrain

Regierungsrat. Für das Jahr 1998 wurden gewählt

- Regierungsrat Paul Huber, Emmen, Vorsteher des Justizdepartementes, zum Schultheissen,
- Regierungsrat Kurt Meyer, Hitzkirch, Vorsteher des Finanzdepartementes, zum Statthalter

Petitionskommission. An die Stelle der aus dem Rat zurückgetretenen Béatrice von Holzen, Kriens, wählte der Grosse Rat Armin Steiner, Root, als neues Mitglied der Petitionskommission.

WOV/LOS-Kommission. An die Stelle des aus dem Rat zurückgetretenen Ueli Graf, Luzern, wählte der Grosse Rat Trudy Haldi, Malters, als neues Mitglied der WOV/LOS-Kommission.

Verkehrskommission. An die Stelle des zurückgetretenen Ruedi Ott, Hochdorf, wählte der Grosse Rat Christa Stocker Odermatt, Luzern, als neues Mitglied der Verkehrskommission.

Kommission B 88. An die Stelle der aus dem Rat zurückgetretenen Franz-Xaver Lustenberger, Luzern, und Béatrice von Holzen, Kriens, wählte der Grosse Rat Niklaus von Deschwanden, Kriens, als neues Mitglied der Kommission, welche den Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vorberät.

Eintritt

Grosser Rat. An die Stelle des aus dem Rat zurückgetretenen Mitglieds Franz-Xaver Lustenberger, Luzern, trat neu Verena Ineichen-Fässler, Luzern in den Rat ein.

Rücktritt

Geschäftsprüfungskommission. Bekanntgegeben wurde der Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission von Irmgard Amrein-Gapp, Sursee, auf Ende Jahr.

Motionen

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 388 von Louis Schelbert, Luzern, über gesündere Staatsfinanzen mittels Mehreinnahmen ab 1998,
- M 406 von Marcel Johann über ein dreijähriges Moratorium für den Leistungsausbau und die Investitionen in den öffentlichen Spitälern, Kliniken und Institutionen

Zurückgezogen wurde die Motion M 408 von Josef Rüttimann, Hildisrieden, über die Änderung der kantonalen Schulbeitragszahlungen an die Gemeinden.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Elisabeth Schubiger, Buchrain, über eine kantonale Anlauf- und Koordinationsstelle bei Kindsmisshandlungen (als Motion M 171 eingereicht),
- P 352 von Rita Ueberschlag, Beromünster, über "Gleis 7" auf dem gesamten öV-Netz,
- P 361 von Margret Müller, Oberkirch, über ein Dokumentationskonzept für die kantonale Verwaltung,
- P 159 von Ruedi Ott, Hochdorf, über die Errichtung einer Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beobachtungs- und Therapiestation (KJPBT) (teilweise Erheblicherklärung),
- P 398 von Rita Gut, Willisau-Land, über Sofortmassnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen im Siedlungsgebiet von Willisau (teilweise Erheblicherklärung)

Abgelehnt wurden die Postulate

- P 366 von Beat Felder, Sursee, über die Wiederaufnahme der Dreifachturnhalle Sursee ins Bauprogramm,
- P 99 von Rita Ueberschlag, Beromünster, über die Umsetzung von "Energie 2000" in der Verwaltung

Interpellationen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 295 von Maja Beutler, Meggen, über kantonale Gentech-Fütterung,
- I 375 von Ursula Stämmer, Luzern, über die Schliessung der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik St. Urban,
- I 369 von Irmgard Amrein, Sursee, über fehlenden Turnraum an der Kantonsschule Sursee,
- I 376 von Verena Kleeb, Ebersecken, über die Weiterentwicklung und Ausgestaltung der Sekundarstufe 1 und die laufende Gymnasialreform,
- I 370 von Rita Ueberschlag, Beromünster, über den öffentlichen Verkehr im Michelsamt (WSB-Weiterführung nach Beromünster),
- I 387 von Walter Studer, Luzern, über den Stand der Planungs- und Bauarbeiten an der Frauenklinik Luzern,
- I 401 von Ruedi Schmidiger, Hasle, über die Verordnung zum Schutz der Moore und die dazugehörigen Schutzpläne (Erledigung der Einsprachen),
- I 100 von Rita Ueberschlag, Beromünster, über die Halbzeit des Atomkraftwerkmoratoriums und von "Energie 2000",
- I 256 von Otto Elmiger, Hochdorf, über den Verkauf der CKW durch die Elektrowatt AG

Einfache Anfragen

Schriftlich beantwortet wurden die Einfachen Anfragen

- E 365 von Anita von Arx, Luzern, über Forderungen und Weisungen des kantonalen Amtes für Berufsbildung im Zusammenhang mit der Berufsmaturität,
- E 399 von Hans Ulrich Bühler, Luzern, über eine Unterschriftensammlung zur Legalisierung von Rauschgift an der Luzerner Kantonsschule